und die gewaltigen Granatenvorräte der Franzosen. Alles sei prächtig organisiert. Die Männer, die auf französischer Seite die Leitung hätten, seien alle verhältnismäßig jung. Es sei unmöglich, vorauszusagen, wie lange die Schlacht dauern werde. Die Franzosen fühlten aber, daß sie dem Feinde gewachsen sind, selbst wenn dieser dreimal so stark wäre.

•

Die Beute aus den Kämpfen bei Verdun.

Köln, 6. März. Der Sonderberichterstatter der Köln. Ztg. meldet: Die Kämpfe bei Verdun zeigen nach einigen Tagen verhältnismäßiger Ruhe und Anpassung an die neugewonnenen Stellungen wieder große Lebhaftigkeit. Die Wegnahme des Dorfes Douaumont, die unsere Festsetzung im Fort Douaumont und den Werken Bezonville und Hardaumont wesentlich sichert, hat die Franzosen veranlaßt, die Zurückgewinnung zu versuchen. Sie überschütteten das Dorf mit Artilleriegeschossen und machten einen Gegenangriff, der am Rande des Dorfes an unserm Widerstand brach. Die bisherige Beute bei Verdun sind 17 000 Gefangene, 115 Geschütze und 161 Maschinengewehre, während die gleiche Truppe im Vorjahre bei Soissons nur 500 Gefangene, 14 Geschütze und 6 Maschinengewehre erbeutete. Damals wurde dies als ein überraschender Erfolg der deutschen Eisenstokraft angesehen.

Venizelos und Konstantin.

Die Times wollen aus Athen vernommen haben, daß Venizelos wiederholt vom König Konstantin in Audienz empfangen werden und wieder mit ihm ausgesöhnt sei. Es heiße, daß in Athen eine politische Krisis erwartet werde. Was an der Nachricht Wahres ist, muß abgewartet werden.

Der Petit Parisien kündigt an, daß zwischen der griechischen Regierung und dem französischen Armeekommando in Saloniki ein Uebereinkommen getroffen wurde, wonach die Ueberwachung der Eisenbahn von Saloniki nach Monastir gemischten Detachements übertragen wird. Das Abkommen wurde bei der letzten Reise des Generals Sarrail nach Athen vereinbart.

Deutschland hat der griechischen Regierung mitgeteilt, daß die deutschen Unterseeboote alle bewaffneten Kauffahrteischiffe der Alliierten torpedieren und daher den Neutralen der Rat gegeben werde, nicht auf solchen Schiffen zu reisen oder Waren damit zu versenden. Die griechische Regierung hat die Behörden im ganzen Königreiche hiervon in Kenntnis gesetzt.

•

Italienische Galgen für Albanierführer.

tu. **Sofia**, 6. März. Die Kambana berichtet, daß vor einigen Tagen die Italiener gegen 50 albanische Adige unter der Beschuldigung, österreichfreundlich gesinnt zu sein und eine gegen die Italiener gerichtete Propaganda getrieben zu haben, hängen ließen. Weitere 40 Albanier sind nach Italien gebracht worden.

Die von dem ehemaligen albanischen Unterrichtsminister Dr. Tourtoulis herausgegebene Albania beziffert die auf Seite der österreichisch-ungarischen Truppen kämpfenden Albanier auf 40 000 Mann. Sie schreibt weiter: Alle Albanier betrachten die Oesterreicher, die von der ersten Stunde an ihre Beschützer gewesen sind, als ihre Befreier.

•

Angebliche Unruhen in der bulgarischen Dobrudscha.

tu. **Bukarest**, 6. März. In der rumänischen Kammer interpellierte dieser Tage der Deputierte Vrabescu, ein Parteigänger Take Jonescus, wegen angeblicher Unruhen unter der bulgarischen Bevölkerung in jenem Teil der Dobrudscha, der durch den Bukarester Vertrag Rumänien angegliedert wurde. Vrabescu erwähnte in seinen Ausführungen, daß diese Umtriebe durch den bulgarischen nationalistischen Verein in der Dobrudscha veranlaßt seien und beschuldigte den Bukarester bulgarischen Gesandten, Simon Radeff, daß er der Leiter dieser Bewegung sei. Selbstverständlich ist diese Anklage ganz falsch. Jeder rumänische Politiker weiß, daß dieser im Gegenteil bestrebt ist, das Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien möglichst gut zu gestalten. Wie sich nun herausstellt, wurde diese Interpellation Vrabescu von der Entente bestellt und ist nichts anderes als eine Intrige, die in der Wohnung des russischen Gesandten Poklewsjki Koziell in einer Ententegesandtenkonferenz geschmiedet wurde, um das gute Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien zu zerstören. Beide Staaten sollten gegen einander aufgehetzt werden. An dieser Konferenz der Gesandten nahm weiter auch der Präfekt der Dobrudscha, Johann Kamarasescu, der Schwiegersohn des französischen Gesandten Blondel, teil. Kamarasescu wurde von den Vertretern der Konferenz betraut, den Ministerpräsidenten Bratianu mit Nachrichten zu bestürmen und ihm derartige Meldungen zugehen zu lassen, als ob in der Dobrudscha eine bulgarische revolutionäre Bewegung um sich greift. Laut diesem Plane sollte Kamarasescu, nachdem Bratianu gehörig bearbeitet worden war, die in der Dobrudscha lebenden Bulgaren massenhaft verhaften und blutige Grenzzwischenfälle provozieren, damit die rumänische öffentliche Meinung sich gegen Bulgarien wende und den Anschluß an die Verbündeten verlange.

Unterstaatssekretär Zimmermann über Rußlands Stellung zu Schweden.

Der Korrespondent des Stockholm Dagblad interviewte den deutschen Unterstaatssekretär Zimmermann in bezug auf Sasonows Erklärung über Rußlands Stellung zu Schweden. Zimmermann sagte: „Sasonow sprach zum zweitenmal während des Krieges über Rußlands Verhältnis zu Schweden, wobei er indirekt auch Deutschland erwähnte. Mit ihm stellt auch die russische Presse Deutschland als den Hecht im Karpfenteich dar, dessen Interesse es sei, die guten Beziehungen Rußlands zu Schweden zu trüben. Deutschland verfolgt aber keineswegs eine solche Politik, da wir uns von keinem egoistischen Motive leiten lassen. Wir bewundern bloß aufrichtig jede, von schwedischer Seite aus erfolgte Anstrengung, England und Rußland gegenüber seine vollständige Unabhängigkeit als neutraler Staat aufrechtzuerhalten. Wie schwedische Sympathien unserem Existenzkampf folgen, so verstehen wir auch Schwedens schweren Kampf um seine Selbständigkeit. Merkwürdigerweise erwähnte Sasonow absichtlich mit keinem Worte Finnland und die russische Gewaltpolitik in Finnland. Wie ich Schwedens Interessen beurteile, ist es vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkte Schwedens geradezu ein Lebensinteresse, daß Rußland verhindert werde, seine asiatische Macht bis an Schwedens Grenzen auszubreiten. Je mehr Selbständigkeit und Autonomie, politisch wie wirtschaftlich, Finnland künftig gewinnt, um so besser ist es für Schweden und Deutschland."

Der englische Bericht über den Luftangriff auf Hull.

Das englische Kriegsamt teilt mit, daß an dem gestrigen Zeppelinangriff auf England anscheinend drei Luftschiffe teilnahmen. Nach Ueberfliegung der Küste schlugen sie verschiedene Richtungen ein. Offenbar waren sie nicht im klaren darüber, wo sie sich befanden. Sie warfen auf die heimgesuchten Gebiete von Yorkshire, Lincolnshire, Rutland, Huntingdon, Cambridgeshire, Norfolk, Essex und Kent im ganzen ungefähr 40 Bomben ab, durch welche drei Männer, vier Frauen und fünf Kinder getötet und 33 Personen verwundet wurden. Außer verschiedenen Störungen an einzelnen Gebäuden wurde ein Block von Armenhäusern ernstlich beschädigt.

Die Stadt Hull liegt 82 Kilometer vom offenen Meere entfernt am nördlichen Ufer des Humber, der hier ungefähr 8 Kilometer breit ist. Die Stadt zählt über 240 000 Einwohner und ist der Haupthafen des nordöstlichen England, der seine Bedeutung namentlich durch den Verkehr mit dem Norden Europas erhalten hat. Die Dockanlagen sind dem bedeutenden Handel entsprechend sehr ausgedehnt.

Die Rückkehr der Möwe und die Engländer.

London, 6. März. Daily Chronicle stellt die wirkliche Rückkehr der Möwe in einem Leitartikel in Zweifel und hält es für wahrscheinlich, daß der amtliche deutsche Bericht nur ein Bluff sei, dazu erfunden, um die Engländer von der Jagd auf das Schiff auf offener See abzuhalten. Sollte der Möwe jedoch die Heimkehr wirklich geglückt sein, so hätten ihre Offiziere allerdings tatsächlich das Eiserne Kreuz verdient.

•

Ein englischer Torpedobootszerstörer gesunken?

Amsterdam, 7. März. In hiesigen Schiffahrtskreisen wird mit Bestimmtheit versichert, daß vor der Humbermündung der englische Torpedobootszerstörer Nuray gesunken sei. 22 Mann der Besatzung seien ertrunken.

London, 6. März. Nach einem Berichte von Lloyds-Bureau ist der Dampfer Rothesay torpediert worden. Die Bemannung konnte gerettet werden.

London, 6. März. Lloyds melden, daß der britische Dampfer Masunda versenkt wurde. Die Besatzung ist gerettet.

Deutschland und Japan.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Verschiedentlich ist verbreitet worden, der Bruch zwischen Deutschland und Japan hätte von deutscher Seite vermieden werden können. Die deutsche Regierung habe Gelegenheiten zu einer Verständigung mit Japan versäumt. Japan habe während der letzten Jahre eine politische Annäherung an Deutschland gesucht und sogar noch kurz vor Kriegsausbruch zu einer friedlichen Auseinandersetzung wegen Kiautschau die Hand geboten. Die deutsche Regierung aber sei so verblendet gewesen, alle Angebote und Annäherungsversuche, die u. a. in der Form eines Anleihegesuches an sie herangetreten seien, zurückzuweisen.

Diese Erzählungen sind müßige Erfindungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß die japanische Regierung niemals und in keiner Form an Deutschland mit Anregungen der behaupteten Art herangetreten ist. Was insbesondere die Zeit kurz vor dem Bruch mit Japan betrifft, hat das japanische Kabinett mit dem damaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Kato nicht nur keine Verständigungsvorschläge gemacht, sondern jede Verhandlung abgelehnt.

Der österreichisch-ungarische Bericht.

Wien. Amtlich wird verlautbart den 6. März.

Russischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Nicht Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Kampftätigkeit ist seit mehreren Tagen durch außergewöhnlich starke Niederschläge, im Gebirge auch durch Lawinengefahr, fast völlig aufgehoben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Mitteleuropa.

1.

Der Verein für Sozialpolitik hat eine eingehende Untersuchung über „die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten" in zwei dicken Bänden veröffentlicht. Darin wird u. a. auch die Frage der Getreideversorgung Deutschlands nach einer Annäherung an Oesterreich-Ungarn und Bulgarien erörtert. Mit diesem Problem beschäftigen sich mehrere Autoren. Wir geben hier die Ausführungen einiger von ihnen wieder.

Professor Eßlen schildert ausführlich die landwirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns, auf die auch Ballod und Fellner eingehen. In den offiziellen statistischen Zahlen kommt insbesondere ein ungewöhnlich starker Aufschwung der österreichischen Landwirtschaft zum Vorschein. Die Ernteerträge der fünf wichtigsten Getreidearten (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Mais) sind von 1891/95 bis 1911/13 um 42 Proz. gestiegen. Ballod meint darum, daß die Ernteschätzungen überhöht sind und beruft sich dabei auch auf die Erfahrungen des ersten Kriegsjahres, als „die Brotkornernte so wenig ausreichte, daß in großem Umfange zum Teil schlecht gewordenes Maismehl zur Brotbereitung herangezogen wurde, was seit Menschengedenken nicht mehr vorgekommen war, so daß die Bevölkerung vielfach über „bitteres" Brot klagte". Um sich ein genaueres Bild von der Leistungsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft zu machen, müssen wir die relativ genaue Handelsstatistik heranziehen, die uns wenigstens darüber Auskunft erteilt, wie groß der Ueberschuß an Getreide usw. ist, den die Donaumonarchie an Deutschland abliefern könnte. Dieselbe Frage wird auch noch von Tyszka im gleichen Sammelwerke behandelt.

Das Resultat der Untersuchungen ist, daß „Oesterreich gar nicht in der Lage sei, so große Mengen von Nahrungsmitteln auf den deutschen Markt zu werfen, daß dabei die Preise gedrückt werden" (Ballod), selbst wenn Ungarn das ausgesprochene Agrarland bleibt. Friedrich Fellner sagt darüber:

„Der zur Ausfuhr gelangende Ueberschuß der landwirtschaftlichen Erzeugung Ungarns findet nahezu ausschließlich in Oesterreich Absatz. . . . Das Bild der Ausfuhr nach Deutschland zeigt auch dann keine wesentliche Veränderung, wenn wir die Ausfuhr der österreichischen und ungarischen Monarchie zusammen berücksichtigen, denn die Produktion der Landwirtschaft ist weder in Oesterreich, noch in Ungarn eine so große, daß von derselben ein erheblicher Ueberschuß für das Zollausland verbleiben würde."

In der Tat. Sehen wir uns nur die Hauptzahlen der Handelsstatistik an, so finden wir, daß die Doppelmonarchie nur noch bei Gerste, Malz und Mehl einen Ausfuhr-Ueberschuß aufweist, bei allen anderen Getreidearten ist der Einfuhrüberschuß recht groß. Oesterreich-Ungarn ist faktisch schon ein Getreideeinfuhrland. Dementsprechend weist es auch enorm hohe Getreidepreise auf, die 1913 sogar in Wien höher waren als in Berlin. Im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1908 stand der Berliner Weizenpreis auf 189 M. pro Tonne, in Wien auf 181 M.; dagegen 1909 bis 1913 in Berlin auf 211 und in Wien auf 223 M. pro Tonne! „Sogar der Budapester Weizenpreis (für Mittelware), der sich im Durchschnitt der Jahre 1904 bis 1908 um 25 M. unter dem Berliner Durchschnitt gehalten hatte, näherte sich diesem 1909 bis 1913 bis auf 4 M. an" (Eßlen).

Vielleicht wird es aber in der Zukunft anders werden können? Hat nicht Oesterreich-Ungarn niedrige Ernteerträge, die sich leicht erhöhen lassen? Leider wird auch diese Frage von Eßlen nach eingehender Prüfung verneint. Der Intensivierung der Betriebes stehen in Oesterreich-Ungarn die halbfeudalen armseligen wirtschaftlichen Verhältnisse und die niedrige Kultur auf dem Lande, sowie zum Teil ungünstige Naturbedingungen im Wege. Das Ergebnis seiner Betrachtungen faßt Eßlen dahin zusammen, daß der zollpolitische Anschluß Oesterreich-Ungarns, wenn überhaupt, so jedenfalls nur im geringen Maße eine Sicherung der Brotversorgung bringen könne, auf keinen Fall aber billigere Preise.

„Ganz dasselbe, so sagt er dann weiter, was hier für den Getreidebau nachgewiesen worden ist, gilt sinngemäß für die Viehzucht, den Obst-, Gemüse- und Weinbau. Auch bei völliger Zollfreiheit gegenüber Oesterreich-Ungarn für die Erzeugnisse all dieser Wirtschaftszweige wäre eine starke Steigerung der Einfuhr dorther nicht zu erwarten. Ist doch zum Beispiel in den letzten anderthalb Jahrzehnten die Fleischteuerung in der Donaumonarchie noch empfindlicher gewesen als bei uns. Andererseits sind Obst-, Gemüse- und Weinbau trotz des für sie günstigen Klimas in Oesterreich-Ungarn viel zu wenig entwickelt, als daß sie den starken Gemüsebedarf des Deutschen Reiches zu decken vermöchten. Bevor sie ihre Erzeugung entsprechend vermehren könnten, werden Jahre vergehen. Zudem ist hier bei einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Oesterreich-Ungarn mit einer noch stärkern Vermehrung der eigenen Nachfrage zu rechnen als beim Getreide."

Ebenso warnt Tyszka vor der Abschließung vom Weltmarkte: „Eine mächtige Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse des deutschen Volkes wäre die unausbleibliche Folge."

Daß das Gesagte auch in bezug auf Bulgarien und die Türkei zutrifft, versteht sich von selbst: in diesen beiden Ländern wird zwar die Landwirtschaft ihre Produktion noch steigern können, aber nur erst nach vielen Jahren und wahrscheinlich nur mit hohen Produktionskosten. So muß man zunächst feststellen, daß Mitteleuropa nicht etwa wirtschaftlich unabhängig bleiben könnte. Ueber die anderen Fragen, die im Sammelwerke behandelt werden, in einem zweiten Artikel.

Deutsches Reich.

Neuregelung der Berliner Butterversorgung.

Die Ansammlungen vor den Berliner Buttergeschäften, die geradezu zum öffentlichen Skandal wurden — galten sie doch als ein Zeichen für die bisherige Unfähigkeit der zuständigen Stellen, die Butterversorgung besser zu regeln — werden nun voraussichtlich in Fortfall kommen. Um nach den einzelnen Bezirken das nötige Quantum Butter zu leiten, soll zunächst der Bedarf der Bezirke an Butter in der Weise festgestellt werden, daß das Mittelstück der Brotkarten für die letzte (54.) Woche vom 28. Februar bis 5. März 1916 bis spätestens Mittwoch den 8. März 1916 an das Verkaufsgeschäft abgegeben wird, in dem die Inhaber der Karten ihre Butter beziehen wollen. Bezieht der Geschäftsinhaber die Butter aus Groß-Berlin, so hat er die Mittelstücke spätestens bis zum 10. März seinem Lieferanten, dem Großhändler, und dieser wiederum hat sie bis spätestens den 13. März der Butterversorgungsstelle Groß-Berlin einzureichen. Von der ordnungsmäßigen Erledigung hängt die richtige Zuteilung der Butter ab. Hat der Butterverkäufer dagegen die Butter von außerhalb Groß-Berlin bezogen oder selbst erzeugt, so hat er die Mittelstücke bis zum 10. März 1916 der Butterversorgungsstelle Groß-Berlin unmittelbar einzureichen. Gasthöfe und Speisebetriebe haben bis spätestens zum 8. März 1916 dem Magistrat Berlin anzuzeigen, wieviel Butter sie im Durchschnitt der letzten sechs Wochen wöchentlich in ihren Betrieben verbraucht und von wem sie die Butter bezogen haben.

Die unschuldigen Agrarier. Zu heftigen Szenen kam es in der vergangenen Woche auf dem Schlachthofe in Breslau, wohin ein Rittergutsbesitzer, Dr. Heinrich Knopf aus Qualkau, drei Bullen zum Verkauf hatte treiben lassen. Er forderte für den ersten, 982 Pfund schwer, 1240 M.; für den zweiten, 566 Pfund schwer, 1330 M. und für den dritten, 880 Pfund schwer, 1800 M. und erhielt auch das Geld. Als jedoch das Wuchergeschäft bekannt wurde, geriet er in Schwulitäten und zahlte dem einen Käufer 258 M., dem andern 50 M. zurück. Trotzdem ist gegen den Herrn, der 180 Hektar Land besitzt, Anzeige wegen Wuchers erstattet.

Nachahmenswerte Selbsthilfe. Einer von den Bauern, die bisher „keine Kartoffeln mehr" hatten, die aber gerade Geld brauchten, fuhr mit 50 Zentner der jetzt so begehrten Ware nach Breslau und wurde im Handumdrehen auf der Straße einen Zentner nach dem andern los — allerdings für 5 M., 1,25 M. über den für den Kleinhandel festgesetzten Höchstpreis. Mitten in das Geschäft kam der Ortsleiter des Bäckerverbandes, der den nächsten Polizeikommissar herbeiagitierte. Dieser stieg dem Bäuerlein aufs Dach und zwang es, jedem noch anwesenden Käufer 1,25 M. pro Zentner zurückzugeben. Der noch vorhandene Rest von 6 Zentner wurde auf der Stelle für 3,75 M. angekauft. Betrübt über die neunmalkluge Gesetzesvollstreckung zog der Bauer mit erleichtertem Beutel heimwärts nach Groß-Ilpichütz, allwo er gewiß noch mehr Kartoffeln hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160307/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG